

No. 28001

**AUSTRIA
and
POLAND**

**Treaty on the reciprocal enforcement of judicial decisions in
criminal cases. Signed at Vienna on 19 April 1990**

Authentic texts: German and Polish.

Registered by Austria on 25 March 1991.

**AUTRICHE
et
POLOGNE**

**Traité relatif à l'exécution réciproque des décisions jndi-
ciaires en matière pénale. Signé à Vienne le 19 avril 1990**

Textes authentiques : allemand et polonais.

Enregistré par l'Autriche le 25 mars 1991.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER
REPUBLIK POLEN ÜBER DIE WECHSELSEITIGE VOLL-
ZIEHUNG GERICHTLICHER ENTSCHEIDUNGEN IN STRAF-
SACHEN

Der Bundespräsident der Republik Österreich
und der Präsident der Republik Polen,

vom Wunsche geleitet, die rechtlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten weiterzuentwickeln und den rechtlichen Verkehr zwischen ihnen zu erleichtern, sowie im Bestreben, die Resozialisierung von Verurteilten zu fördern,

Sind übereingekommen, einen Vertrag über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen zu schließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:
Herrn Dr. Egmont Foregger,
Bundesminister für Justiz,

Der Präsident der Republik Polen:
Herrn Aleksander Bentkowski,
Minister für Justiz,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

TEIL I

DEFINITIONEN

Artikel 1

(1) Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „vorbeugende Maßnahme“:

1. in der Republik Österreich: die Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher, für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher oder für gefährliche Rückfalltäter;
2. in der Republik Polen: die Einlieferung in ein psychiatrisches Krankenhaus oder in eine andere entsprechende Anstalt oder in eine Anstalt für Entwöhnungsbedürftige.

(2) Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „die bedingte Nachsicht einer strafrechtlichen Sanktion“:

1. in der Republik Österreich: die gänzliche oder teilweise bedingte Nachsicht einer Freiheitsstrafe, die bedingte Nachsicht einer vorbeugenden Maßnahme, die bedingte Entlassung aus einer Freiheitsstrafe oder aus einer

vorbeugenden Maßnahme sowie den Schuld-spruch unter Vorbehalt der Strafe sowie die bedingte Einstellung des Verfahrens.

2. in der Republik Polen: die bedingte Nachsicht der Freiheitsstrafe, die bedingte vorzeitige Entlassung und die bedingte Einstellung des Verfahrens.

(3) Im Sinne dieses Vertrages bedeuten die Ausdrücke:

„Urteilsstaat“ den Staat, in dem die gerichtliche Entscheidung ergangen ist, welche die Sanktion enthält, die im anderen Staat vollzogen oder überwacht werden soll;

„Vollstreckungsstaat“ den Staat, der die Vollziehung der Freiheitsstrafe oder der vorbeugenden Maßnahme übernommen hat oder übernehmen soll;

„Überwachungsstaat“ den Staat, der die Überwachung der bedingt nachgesehenen strafrechtlichen Sanktion übernommen hat oder übernehmen soll.

TEIL II

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Allgemeiner Grundsatz

Artikel 2

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich wechselseitig nach den Bestimmungen dieses Vertrages auf Ersuchen zur:

1. Übernahme der Vollziehung rechtskräftiger Entscheidungen in Strafsachen, mit denen Gerichte eines Vertragsstaates über Angehörige des anderen Vertragsstaates eine Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme verhängt haben;
2. Übernahme der Überwachung der Angehörigen eines Vertragsstaates, über die von Gerichten des anderen Vertragsstaates die bedingte Nachsicht einer strafrechtlichen Sanktion innerhalb einer Probezeit rechtskräftig ausgesprochen wurde.

(2) Ersuchen nach Abs. 1 werden von dem Vertragsstaat gestellt, in dem die gerichtliche Entscheidung ergangen ist. Hiedurch wird jedoch das Recht des anderen Vertragsstaates, beim Urteilsstaat ein Ersuchen nach Abs. 1 anzuregen, nicht eingeschränkt.

Recht des Verurteilten

Artikel 3

Der Verurteilte selbst, sein gesetzlicher oder bevollmächtigter Vertreter, sein Ehegatte, seine Verwandten in gerader Linie oder seine Geschwister können bei jedem der beiden Vertragsstaaten ein Vorgehen nach Art. 2 anregen. Jeder Verurteilte, auf den dieser Vertrag Anwendung finden kann, wird durch den Urteilsstaat vom wesentlichen Inhalt dieses Vertrages unterrichtet.

Voraussetzung der gerichtlichen Strafbarkeit

Artikel 4

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nur übernommen, wenn die der Entscheidung zugrunde liegende Handlung auch nach dem Recht des ersuchten Staates mit gerichtlicher Strafe bedroht ist oder bedroht wäre, wenn sie auf dem Gebiet des ersuchten Staates begangen worden wäre.

Politische strafbare Handlungen

Artikel 5

(1) Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn die der Entscheidung zugrunde liegende Handlung nach Ansicht des ersuchten Staates eine strafbare Handlung politischen Charakters darstellt.

(2) Eine strafbare Handlung, bei welcher unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere der Beweggründe, der Art der Begehung, der angewendeten oder angedrohten Mittel oder der Schwere der eingetretenen oder beabsichtigten Folgen, der kriminelle Charakter der Tat den politischen überwiegt, wird nicht als strafbare Handlung politischen Charakters betrachtet.

Militärische strafbare Handlungen

Artikel 6

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn die der Entscheidung zugrunde liegende Handlung nach Ansicht des ersuchten Staates ausschließlich in der Verletzung militärischer Pflichten besteht.

Fiskalische strafbare Handlungen

Artikel 7

In Strafsachen wegen fiskalischer strafbarer Handlungen darf die Übernahme der Vollziehung oder der Überwachung nicht ausschließlich mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht des ersuchten Staates keine Abgaben-, Zoll- oder Monopolvorschriften oder keine Vorschriften über den Devisenverkehr, die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel derselben Art wie das Recht des Urteilsstaates enthält.

Verjährung

Artikel 8

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn die Vollstreckbarkeit der Strafe oder vorbeugenden Maßnahme nach dem Recht eines der beiden Vertragsstaaten verjährt ist.

Ausnahmerichter

Artikel 9

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn die Entscheidung von einem Ausnahmerichter getroffen worden ist.

Abwesenheitsurteile

Artikel 10

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn die Entscheidung in Abwesenheit des Verurteilten ergangen ist.

Ne bis in idem

Artikel 11

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn der Verurteilte im ersuchten Staat wegen derselben Handlung bereits rechtskräftig verurteilt oder freigesprochen worden ist.

Ordre public

Artikel 12

Die Vollziehung oder die Überwachung wird nicht übernommen, wenn sie nach Ansicht des ersuchten Staates seine öffentliche Ordnung oder Grundsätze seiner Rechtsordnung gefährdet.

TEIL III
ÜBERNAHME DER VOLLZIEHUNG VON
FREIHEITSSTRAFEN UND VORBEUGEN-
DEN MASSNAHMEN

Voraussetzungen der Übernahme

Artikel 13

(1) Die Vollziehung kann nur mit Zustimmung des Verurteilten übernommen werden. Ist der Verurteilte zu einer rechtsgültigen Zustimmung nicht fähig, so ist die Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters einzuholen.

(2) Die Vollziehung wird nicht übernommen, wenn sich der Verurteilte im Urteilsstaat in Haft befindet und am Tag des Einlangens des Ersuchens eine vier Monate nicht übersteigende Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme zu vollziehen ist. Zur Beurteilung dieser Voraussetzung werden mehrere Freiheitsstrafen oder vorbeugende Maßnahmen oder ihre zu vollziehenden Reste zusammengerechnet. Ist die Dauer des Vollzuges der vorbeugenden Maßnahme unbestimmt, so ist der Tag maßgebend, zu dem sie nach dem Recht des Urteilsstaates spätestens aufzuheben ist.

Erledigung des Ersuchens

Artikel 14

Der ersuchte Staat verständigt so bald wie möglich den Urteilsstaat, inwieweit dem Ersuchen um Übernahme der Vollziehung stattgegeben wird. Jede vollständige oder teilweise Ablehnung ist zu begründen.

Durchführung der Vollziehung

Artikel 15

(1) Wird die Vollziehung übernommen, so setzen die Gerichte des Vollstreckungsstaates unter weitestgehender Bedachtnahme auf die im Urteilsstaat ausgesprochene Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme die nach ihrem Recht zu vollziehende Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme fest.

(2) Durch die Vollziehung im Vollstreckungsstaat darf der Verurteilte in keinem Fall schlechter gestellt werden als im Falle der weiteren Vollziehung im Urteilsstaat.

(3) Die Vollziehung einschließlich der bedingten Entlassung richtet sich nach dem Recht des Vollstreckungsstaates. Für den Verurteilten günstigere Rechtsvorschriften des Urteilsstaates betreffend die bedingte Entlassung werden jedoch angewendet.

(4) In die im Vollstreckungsstaat zu verbüßende Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme wird die im Urteilsstaat bereits verbüßte eingerechnet.

Teilweise Vollziehung

Artikel 16

Liegen der Verurteilung mehrere Handlungen zugrunde, kann die Vollziehung aber nur wegen des auf einzelne Handlungen entfallenden Teiles der Freiheitsstrafe oder vorbeugenden Maßnahme erfolgen, so wird das Gericht des Vollstreckungsstaates im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 15 den zu vollziehenden Teil bestimmen, der auf diese Handlungen entfällt.

Wirkungen der Vollziehung

Artikel 17

(1) Während der Vollziehung der Freiheitsstrafe oder der vorbeugenden Maßnahme im Vollstreckungsstaat setzt der Urteilsstaat keine weiteren Vollziehungsmaßnahmen.

(2) Der Urteilsstaat ist berechtigt, den Rest der Freiheitsstrafe oder der vorbeugenden Maßnahme zu vollziehen, wenn sich der Verurteilte der Vollziehung im Vollstreckungsstaat entzieht und diesen verläßt. Der Vollstreckungsstaat setzt den Urteilsstaat von diesen Umständen unverzüglich in Kenntnis.

(3) Die in Abs. 2 genannte Berechtigung des Urteilsstaates erlischt endgültig, wenn die Freiheitsstrafe oder die vorbeugende Maßnahme verbüßt oder endgültig nachgesehen worden ist.

Gnadenmaßnahmen, Amnestien

Artikel 18

(1) Gnadenmaßnahmen zugunsten des Verurteilten können vom Vollstreckungsstaat ergriffen werden. Der Urteilsstaat kann dem Vollstreckungsstaat Gnadenmaßnahmen empfehlen. Auf diese Empfehlung wird im Vollstreckungsstaat wohlwollend Bedacht genommen werden. Unberührt bleibt das Recht des Urteilsstaates, Gnadenmaßnahmen mit Wirksamkeit für seinen Rechtsbereich zu ergreifen.

(2) Sowohl eine im Urteilsstaat als auch eine im Vollstreckungsstaat ergangene Amnestie sind vom Vollstreckungsstaat zugunsten des Verurteilten anzuwenden.

Aufhebung oder Änderung gerichtlicher Entscheidungen

Artikel 19

Für eine Aufhebung oder Abänderung der gerichtlichen Entscheidungen, deren Vollziehung übernommen wurde, ist ausschließlich der Urteilsstaat zuständig.

Mitteilungen

Artikel 20

(1) Die Vertragsstaaten verständigen einander so bald wie möglich von allen Umständen, die auf die Vollziehung Einfluß haben könnten.

(2) Der Urteilsstaat verständigt den Vollstreckungsstaat insbesondere von einer Amnestie oder einer Aufhebung oder Abänderung gerichtlicher Entscheidungen, deren Vollstreckung übernommen wurde.

(3) Der Vollstreckungsstaat verständigt den Urteilsstaat insbesondere von der Beendigung der Vollziehung.

Überstellung

Artikel 21

(1) Befindet sich der Verurteilte auf dem Gebiet des Urteilsstaates, so wird dieser sobald wie möglich alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um den Verurteilten den Behörden des ersuchten Staates zu übergeben.

(2) Der Urteilsstaat und der Vollstreckungsstaat pflegen das Einvernehmen über Zeit und Ort der Übergabe des Verurteilten an die Behörden des Vollstreckungsstaates oder erforderlichenfalls an die Behörden eines Durchbeförderungsstaates.

(3) Die von einem Vertragsstaat beigestellten Begleitpersonen, die den Verurteilten auf dem Luftweg in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates zu bringen oder aus diesem abzuholen haben, sind berechtigt, auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates bis zur Übergabe oder nach der Übernahme des Verurteilten die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um sein Entweichen zu verhindern.

(4) Der Urteilsstaat kann nach der Übernahme der Vollziehung durch den Vollstreckungsstaat die Übergabe des Verurteilten aufschieben, um ein Strafverfahren wegen einer anderen strafbaren Handlung durchzuführen oder eine wegen einer anderen strafbaren Handlung ausgesprochene Strafe oder vorbeugende Maßnahme zu vollziehen.

Spezialität

Artikel 22

(1) Wird ein Verurteilter in Anwendung dieses Vertrages aus dem Urteilsstaat in den Vollstreckungsstaat überstellt, so darf er dort wegen einer vor seiner Übergabe begangenen Handlung, auf die sich die Bewilligung nicht bezieht, weder verfolgt noch abgeurteilt oder irgendeiner Beeinträchtigung seiner persönlichen Freiheit unterworfen werden.

(2) Die Beschränkung nach Abs. 1 entfällt,

1. wenn der Urteilsstaat der Strafverfolgung oder Vollziehung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme zustimmt;
2. wenn der überstellte Verurteilte sich nach seiner endgültigen Entlassung länger als 45 Tage im Vollstreckungsstaat aufhält, obwohl er ihn verlassen konnte und durfte, oder wenn er nach Verlassen dieses Staates freiwillig dahin zurückgekehrt ist.

(3) Auf die Zustimmung nach Abs. 2 Z 1 sind die Bestimmungen des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen über die Auslieferung vom 27. Februar 1978 sinngemäß anzuwenden.

TEIL IV

ÜBERWACHUNG

Ersuchen um Überwachung

Artikel 23

(1) Wird über einen Angehörigen eines Vertragsstaates von einem Gericht des anderen Vertragsstaates unter Setzung einer Probezeit die bedingte Nachsicht einer strafrechtlichen Sanktion ausgesprochen, so kann der Vertragsstaat, in dem die gerichtliche Entscheidung ergangen ist, den Vertragsstaat, dessen Angehöriger der Verurteilte ist, um die Überwachung ersuchen.

(2) Der Überwachungsstaat verständigt den Urteilsstaat sobald wie möglich davon, inwieweit dem Überwachungsersuchen stattgegeben wird. Jede vollständige oder teilweise Ablehnung ist zu begründen.

Überwachungsmaßnahmen

Artikel 24

(1) Die Überwachung besteht einerseits in der Anordnung der nach dem Recht des Überwachungsstaates vorgesehenen Maßnahmen, die auf eine Wiederanpassung des Verurteilten an das

Leben in der Gemeinschaft abzielen, und andererseits in der Beaufsichtigung der Führung, um sicherzustellen, daß erforderlichenfalls die bedingte Nachsicht der strafrechtlichen Sanktion widerrufen werden kann.

(2) Die Überwachung richtet sich nach dem Recht des Überwachungsstaates.

(3) Bei der Anordnung der zur Überwachung erforderlichen Maßnahmen wird soweit wie möglich auf die im Urteilsstaat angeordneten Maßnahmen Bedacht genommen.

(4) Die im Überwachungsstaat angeordneten Überwachungsmaßnahmen dürfen ihrer Art und Dauer nach in keinem Fall strenger sein als die im Urteilsstaat ausgesprochenen.

Wirkungen der Überwachung

Artikel 25

(1) Während der Überwachung im Überwachungsstaat setzt der Urteilsstaat keine weiteren Vollstreckungsmaßnahmen.

(2) Das Recht des Urteilsstaates auf Vollstreckung erlischt endgültig, wenn in der Probezeit kein Umstand eingetreten ist, der nach dem Recht des Urteilsstaates den Widerruf der bedingten Nachsicht der strafrechtlichen Sanktion bewirkt.

Gnadenmaßnahmen, Amnestien, Widerruf der bedingten Nachsicht

Artikel 26

(1) Gnadenmaßnahmen zugunsten des Verurteilten können vom Urteilsstaat ergriffen werden. Der Überwachungsstaat kann dem Urteilsstaat Gnadenmaßnahmen empfehlen. Auf diese Empfehlung wird im Urteilsstaat wohlwollend Bedacht genommen werden.

(2) Sowohl eine im Urteilsstaat als auch eine im Überwachungsstaat ergangene Amnestie sind zugunsten des Verurteilten anzuwenden.

(3) Für einen Widerruf oder eine Änderung der bedingten Nachsicht der strafrechtlichen Sanktion ist ausschließlich der Urteilsstaat zuständig.

Mitteilungen

Artikel 27

(1) Die Vertragsstaaten verständigen einander sobald wie möglich von allen Umständen, die die Überwachung betreffen.

(2) Der Urteilsstaat verständigt den Überwachungsstaat insbesondere von einer Gnadenmaßnahme, einer Amnestie sowie einem Widerruf oder einer Änderung der bedingten Nachsicht der strafrechtlichen Sanktion.

(3) Der Überwachungsstaat verständigt den Urteilsstaat insbesondere von den Überwachungsmaßnahmen, die gegen den Verurteilten getroffen wurden, sowie von allen Umständen, die einen Widerruf der bedingten Nachsicht einer strafrechtlichen Sanktion bewirken könnten, sowie von einer Amnestie. Bei Ablauf der Probezeit wird die Beendigung der Überwachung mitgeteilt.

(4) Widerruft der Urteilsstaat die bedingte Nachsicht der strafrechtlichen Sanktion, so steht es ihm frei, den Überwachungsstaat auf Grund dieses Vertrages um die Vollziehung der Freiheitsstrafe oder vorbeugenden Maßnahme zu ersuchen.

TEIL V

VERFAHREN

Ersuchen und Unterlagen

Artikel 28

(1) Ersuchen nach diesem Vertrag werden schriftlich gestellt.

(2) Dem Ersuchen sind anzuschließen:

1. eine mit der Bestätigung der Rechtskraft und der Vollstreckbarkeit versehene Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift (Kopie) der gerichtlichen Entscheidung;
2. eine Abschrift der angewendeten gesetzlichen Bestimmungen sowie jener über die bedingte Entlassung;
3. möglichst genaue Angaben über den Verurteilten, seine Staatsangehörigkeit und seinen Wohn- oder Aufenthaltsort;
4. eine Bestätigung über die auf die Freiheitsstrafe oder vorbeugende Maßnahme anzurechnenden Zeiten;
5. bei Ersuchen um Übernahme der Vollziehung, wenn sich der Verurteilte im Urteilsstaat befindet, ein mit ihm aufgenommenes Protokoll, aus dem sich seine Zustimmung zur Vollziehung der Freiheitsstrafe oder vorbeugenden Maßnahme ergibt;
6. weitere Unterlagen, die für die Erledigung des Ersuchens von Bedeutung sein könnten.

Ergänzung des Ersuchens

Artikel 29

Hält der ersuchte Staat die ihm übermittelten Angaben und Unterlagen für nicht ausreichend, so ersucht er um die notwendige Ergänzung. Er kann für das Einlangen dieser Ergänzung eine angemessene Frist bestimmen; diese kann auf begründetes Ersuchen verlängert werden. Mangels einer Ergänzung wird über das Ersuchen auf Grund der vorhandenen Angaben und Unterlagen entschieden.

Geschäftsweg**Artikel 30**

Der Schriftverkehr nach diesem Vertrag findet zwischen dem Bundesminister für Justiz der Republik Österreich und dem Justizminister der Republik Polen statt. Der Verkehr auf diplomatischem Weg wird hiedurch nicht ausgeschlossen.

Sprache, Legalisierung**Artikel 31**

Die Ersuchen und Mitteilungen nach diesem Vertrag sowie beizufügende Unterlagen bedürfen keiner Übersetzung in die Sprache des anderen Vertragsstaates und keiner Legalisierung.

Kosten**Artikel 32**

Die in Anwendung dieses Vertrages entstandenen Kosten werden nicht ersetzt.

TEIL VI**SCHLUSSBESTIMMUNGEN****Artikel 33**

Dieser Vertrag beeinträchtigt Verpflichtungen aus mehrseitigen Übereinkommen nicht.

Artikel 34

Dieser Vertrag findet auch auf gerichtliche Entscheidungen Anwendung, die vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages ergangen sind.

Artikel 35

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Warschau ausgetauscht.

Artikel 36

(1) Dieser Vertrag tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

(2) Dieser Vertrag wird für unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung tritt nach Ablauf von sechs Monaten ab Einlangen der Kündigung beim anderen Vertragsstaat in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 19. April 1990 in zwei Urschriften in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik
Österreich:

Dr EGMONT FOREGGER

Für die Republik
Polen:

ALEKSANDER BENTKOWSKI

[POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS]

UMOWA MIĘDZY REPUBLIKĄ AUSTRII A RZECZĄPOSPOLITĄ POLSKĄ O WZAJEMNYM WYKONYWANIU ORZECZEŃ SĄ- DOWYCH W SPRAWACH KARNYCH

Związkowy prezydent Republiki Austrii i Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej

kierując się pragnieniem rozwoju stosunków prawnych między obydwojoma Państwami i ułatwienia obrotu prawnego między nimi,

dzając do umożliwienia skazanym skuteczniejszej resocjalizacji postanowili zawrzeć Umowę o wzajemnym wykonywaniu orzeczeń sądowych w sprawach karnych i w tym celu wyznaczyli swoich Pełnomocników:

Związkowy prezydent Republiki Austrii:

Pana dr Egmonta Foreggera — Związkowego Ministra Sprawiedliwości

Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej:

Pana Aleksandra Bentkowskiego — Ministra Sprawiedliwości

którzy po wymianie swoich pełnomocnictw, uznanych za dobre i sporządzone w należytej formie, uzgodnili co następuje:

ROZDZIAŁ I

DEFINICJE

Artykuł 1

1. W rozumieniu niniejszej Umowy wyrażenie „środek zabezpieczający” oznacza:

1) w Republice Austrii — umieszczenie w zakładzie dla sprawców z zaburzeniami psychicznymi, umieszczenie w zakładzie dla sprawców wymagających leczenia odwykowego lub umieszczenie w zakładzie dla niebezpiecznych recydywistów.

2) w Rzeczypospolitej Polskiej — umieszczenie sprawy w szpitalu psychiatrycznym albo w innym odpowiednim zakładzie i umieszczenie sprawy w zakładzie leczenia odwykowego.

2. W rozumieniu niniejszej Umowy wyrażenie „warunkowa sankcja karna” oznacza:

1) w Republice Austrii — całkowite lub częściowe warunkowe zawieszenie wykonania kary pozbawienia wolności, warunkowe zawieszenie wykonania środków zabezpieczających, warunkowe zwolnienie z odbycia kary pozbawienia wolności lub stosowania środków zabezpieczających oraz

orzeczenie o winie bez wymierzenia kary i warunkowe umorzenie postępowania.

2) w Rzeczypospolitej Polskiej — warunkowe zawieszenie wykonania kary pozbawienia wolności, warunkowe przedterminowe zwolnienie z odbycia reszty kary pozbawienia wolności i warunkowe umorzenie postępowania.

3. W rozumieniu niniejszej Umowy następujące wyrażenia oznaczają:

„Państwo wydania wyroku” — państwo, w którym zostało wydane orzeczenie sądowe zawierające sankcję, która ma być wykonana lub objęta dozorem w drugim państwie,

„Państwo wykonania wyroku” — państwo, które przejęło lub ma przejąć wykonanie kary pozbawienia wolności lub środków zabezpieczających

„Państwo sprawujące dozór” — państwo, które sprawuje lub ma sprawować dozór nad wykonaniem warunkowej sankcji karnej.

ROZDZIAŁ II

POSTANOWIENIA OGÓLNE

Zasada ogólna

Artykuł 2

1. Umawiające się Państwa zobowiązują się wzajemnie na wniosek, zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy do:

1) przejmowania wykonania orzeczeń w sprawach karnych, na mocy których sądy jednego Umawiającego się Państwa orzekły prawomocnie wobec obywateli drugiego Umawiającego się Państwa karę pozbawienia wolności lub środków zabezpieczających;

2) obejmowania dozorem w okresie obywateli jednego Umawiającego się Państwa, wobec których sądy drugiego Umawiającego się Państwa orzekły prawomocnie warunkową sankcję karną.

2. Z wnioskami, o których mowa w ustępie 1 występuje Państwo wydania wyroku. Nie ogranicza to jednak prawa drugiego Umawiającego się Państwa do występowania z inicjatywą, aby Państwo wydania wyroku wystąpiło z wnioskiem zgodnie z ustępem 1.

Prawo skazanego

Artykuł 3

Skazany, jego przedstawiciel ustawowy, pełnomocnik, współmałżonek, krewni w linii prostej lub rodzeństwo mogą występować z inicjatywą podjęcia czynności o których mowa w artykule 2 do każdego z Umawiających się Państw. Każdy skazany, do którego może mieć zastosowanie niniejsza Umowa, zostanie powiadomiony przez Państwo wydania wyroku o istotnych postanowieniach niniejszej Umowy.

Wymóg karalności sądowej

Artykuł 4

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nastąpi tylko w wypadku, gdy czyn stanowiący podstawę orzeczenia jest karalny sądownie również według prawa Państwa wezwanego lub byłby karalny sądownie, gdyby czyn taki został popełniony na terytorium Państwa wezwanego.

Przestępstwa polityczne

Artykuł 5

1. Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli czyn stanowiący podstawę orzeczenia jest zdaniem Państwa wezwanego przestępstwem o charakterze politycznym.

2. Nie będzie uważane za przestępstwo o charakterze politycznym takie przestępstwo, które przy wzięciu pod uwagę wszystkich okoliczności konkretnego wypadku, a w szczególności: pobudek działania, sposobu dokonania czynu, środków użytych lub których użyciem grozono, jak również skutków rzeczywistych lub zamierzonych, ma bardziej charakter kryminalny niż polityczny.

Przestępstwa wojskowe

Artykuł 6

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli czyn stanowiący podstawę orzeczenia polega zdaniem Państwa wezwanego wyłącznie na naruszeniu obowiązków wojskowych.

Przestępstwa skarbowe

Artykuł 7

W sprawach o przestępstwa skarbowe nie może nastąpić odmowa przejęcia wykonania orzeczenia lub objęcia dozorem z tego tylko powodu, że prawo Państwa wykonania wyroku nie zawiera przepisów dotyczących danin publicznych, cel, monopoli lub obrotu dewizowego albo przepisów o

handlu zagranicznym lub reglamentacji towarów tego samego rodzaju, które są zawarte w prawie Państwa wydania wyroku.

Przedawnienie

Artykuł 8

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli wykonanie kary lub środków zabezpieczających uległo przedawnieniu według prawa jednego z Umawiających się Państw.

Sądy szczególne

Artykuł 9

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli wyrok został wydany przez sąd szczególny.

Wyroki wobec nieobecnych

Artykuł 10

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli wyrok został wydany pod nieobecność skazanego.

Zasada powagi rzeczy osądzonej

Artykuł 11

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli skazany został w Państwie wezwanym prawomocnie skazany lub uniewinniony za ten sam czyn.

Zasada porządku publicznego

Artykuł 12

Przejęcie wykonania orzeczenia lub objęcie dozorem nie nastąpi, jeżeli zdaniem Państwa wezwanego naruszałoby to jego porządek publiczny lub zasady porządku prawnego.

ROZDZIAŁ III

PRZEJĘCIE WYKONANIA KARY POZBAWIENIA WOLNOŚCI LUB ŚRODKÓW ZABEZPIECZAJĄCYCH

Przesłanki przejęcia

Artykuł 13

1. Przejęcie wykonania orzeczenia może nastąpić tylko za zgodą skazanego. Jeżeli skazany nie jest zdolny do wyrażenia skutecznej prawnie zgody, to musi ją wyrazić jego przedstawiciel ustawowy.

2. Przejęcie wykonania orzeczenia nie nastąpi, jeżeli skazany jest pozbawiony wolności w Państwie wydania wyroku i w dniu wplynięcia wniosku pozostała do odbycia kara pozbawienia wolności lub środek zabezpieczający nie przekraczające 4 miesięcy. Przy ocenie tej przesłanki dodaje się wszystkie kary pozbawienia wolności i środki zabezpieczające albo ich części pozostałe do wykonania. Jeżeli czas trwania środków zabezpieczających nie został określony to przyjmuje się dzień, w którym według prawa Państwa wydania wyroku doszłoby najpóźniej do ich uchylenia.

Rozstrzygnięcie wniosku

Artykuł 14

Państwo wykonania wyroku zawiadamia w możliwie krótkim czasie Państwo wydania wyroku w jakim zakresie wniosek o przejęcie wykonania orzeczenia został uwzględniony. Całkowita lub częściowa odmowa wymaga uzasadnienia.

Wykonywanie orzeczeń

Artykuł 15

1. Jeżeli nastąpi przejęcie wykonania orzeczenia to sądy Państwa wykonania wyroku określą według swego prawa podlegającą wykonaniu karę pozbawienia wolności lub środki zabezpieczające, biorąc pod uwagę w możliwie największym stopniu karę pozbawienia wolności lub środki zabezpieczające orzeczone w Państwie wydania wyroku.

2. Na skutek przejęcia wykonania orzeczenia przez Państwo wykonania wyroku, skazany nie może być w żadnym wypadku w sytuacji bardziej niekorzystnej od tej, w jakiej by się znajdował w razie dalszego wykonywania orzeczenia w Państwie wydania wyroku.

3. Wykonanie orzeczenia włącznie z warunkowym zwolnieniem następuje zgodnie z prawem Państwa wykonania wyroku. Jeżeli przepisy prawa Państwa wydania wyroku dotyczące warunkowego zwolnienia są dla skazanego korzystniejsze podlegają one zastosowaniu.

4. Na poczet kary pozbawienia wolności lub środków zabezpieczających zalicza się w Państwie wykonania wyroku okres pozbawienia wolności lub stosowania środków zabezpieczających w Państwie wydania wyroku.

Wykonanie części orzeczenia

Artykuł 16

Jeżeli nastąpiło skazanie za więcej niż jedno przestępstwo, a przejęcie wykonania orzeczenia dotyczy tylko kary pozbawienia wolności lub

środka zabezpieczającego, odnoszących się do niektórych z tych przestępstw, to sąd Państwa wykonania wyroku określi w postępowaniu, o którym mowa w artykule 15 karę pozbawienia wolności lub środek zabezpieczający, podlegający wykonaniu w odniesieniu do tych przestępstw.

Skutki przejęcia wykonania

Artykuł 17

1. W czasie wykonywania kary pozbawienia wolności lub środka zabezpieczającego w Państwie wykonania wyroku, Państwo wydania wyroku nie podejmuje dalszych czynności związanych z ich wykonaniem.

2. Państwo wydania wyroku jest uprawnione do wykonania pozostałej części kary lub środka zabezpieczającego, jeżeli skazany uchylając się od wykonania orzeczenia w Państwie wykonania wyroku opuścił jego terytorium. Państwo wykonania wyroku zawiadamia niezwłocznie Państwo wydania wyroku o tych okolicznościach.

3. Uprawnienie Państwa wydania wyroku, o którym mowa w ustępie 2, wygasa ostatecznie, jeżeli kara pozbawienia wolności lub środki zabezpieczające zostały wykonane lub darowane.

Ułaskawienie i amnestia

Artykuł 18

1. Ułaskawienie skazanego może nastąpić w Państwie wykonania wyroku. Państwo wydania wyroku może zwrócić się do Państwa wykonania wyroku z postulatem ułaskawienia. Postulat ten będzie zyczliwie potraktowany przez Państwo wykonania wyroku. Nie narusza to prawa Państwa wydania wyroku do ułaskawienia ze skutecznością na swoim terytorium.

2. Państwo wykonania wyroku stosuje wobec skazanego amnestię wydaną zarówno w Państwie wykonania wyroku jak i w Państwie wydania wyroku.

Uchylenie lub zmiana orzeczenia

Artykuł 19

Do uchylenia lub zmiany orzeczenia przejętego do wykonania właściwie wyłącznie jest Państwo wydania wyroku.

Zawiadomienia

Artykuł 20

1. Umawiające się Państwa zawiadamiają się wzajemnie w możliwie krótkim czasie, o wszystkich okolicznościach, które mogłyby mieć wpływ na wykonanie orzeczenia.

2. Państwo wydania wyroku zawiadamia Państwo wykonania wyroku w szczególności o amnestii oraz uchyleniu lub zmianie orzeczenia przejętego do wykonania.

3. Państwo wykonania wyroku zawiadamia Państwo wydania wyroku w szczególności o wykonaniu orzeczenia.

Przekazanie

Artykuł 21

1. Jeżeli skazany przebywa na terytorium Państwa wydania wyroku, Państwo to podejmie w możliwie krótkim czasie wszelkie konieczne środki do przekazania skazanego organom Państwa wykonania wyroku.

2. Państwo wydania wyroku i Państwo wykonania wyroku porozumiewają się co do czasu i miejsca przekazania skazanego organom Państwa wykonania wyroku, a w miarę konieczności organom państwa tranzytowego.

3. Osoby eskortujące jednego z Umawiających się Państw, które mają doprowadzić drogą powietrzną skazanego na terytorium drugiego Umawiającego się Państwa lub jego z tego terytorium odebrać, są uprawnione do zastosowania na terytorium drugiego Umawiającego się Państwa niezbędnych środków w celu uniemożliwienia ucieczki skazanego, aż do jego przekazania lub po jego przejściu.

4. Państwo wydania wyroku może po przejściu wykonania orzeczenia przez Państwo wykonania wyroku odroczyć przekazanie skazanego w celu przeprowadzenia postępowania karnego w związku z innym przestępstwem albo w celu wykonania kary pozbawienia wolności lub środka zabezpieczającego orzeczonych przez jej sądy za inne przestępstwo.

Zasada specjalności

Artykuł 22

1. Jeżeli skazany został przekazany zgodnie z niniejszą umową z Państwa wydania wyroku do Państwa wykonania wyroku nie może być on ścigany, skazany ani poddany w inny sposób ograniczeniu wolności w związku z czynem popełnionym przed przekazaniem, którego nie dotyczy zgoda na przejście wykonania.

2. Ograniczeń, o których mowa w ustępie 1, nie stosuje się jeżeli:

- 1) Państwo wydania wyroku wyrazi zgodę na wszczęcie postępowania karnego, wykonanie kary lub środków zabezpieczających;

2) przekazany skazany pozostał w Państwie wykonania wyroku dłużej niż 45 dni po ostatecznym zwolnieniu, chociaż miał prawo i mógł terytorium tego Państwa opuścić, albo gdy po opuszczeniu tego Państwa dobrowolnie tam powrócił.

3. Do zgody, o której mowa w ustępie 2 punkt 1 stosuje się odpowiednio postanowienia Umowy między Republiką Austrii a Rzeczpospolitą Polską o ekstradycji, podpisanej w Wiedniu dnia 27 lutego 1978 r.

ROZDZIAŁ IV

OBJĘCIE DOZOREM

Wniosek o objęcie dozorem

Artykuł 23

1. Jeżeli wobec obywatela jednego Umawiającego się Państwa sąd drugiego Umawiającego się Państwa orzekł warunkową sankcję karą z określonym okresem próby, to Państwo wydania wyroku może wystąpić z wnioskiem o objęcie dozorem w Państwie, którego obywatelem jest skazany.

2. Państwo sprawujące dozór zawiadamia w możliwie krótkim czasie Państwo wydania wyroku w jakim zakresie wniosek o objęcie dozorem został uwzględniony. Całkowita lub częściowa odmowa wymaga uzasadnienia.

Środki dozoru

Artykuł 24

1. Objęcie dozorem polega na ustanowieniu środków przewidzianych przez prawo Państwa sprawującego dozór mających na celu przystosowanie osoby skazanej do życia w społeczeństwie oraz na kontroli postępowania skazanego, aby w razie konieczności podjąć decyzję o uchyleniu warunkowej sankcji karnej.

2. Dozór jest sprawowany zgodnie z prawem Państwa sprawującego dozór.

3. Przy ustanawianiu środków dozoru zostaną wzięte pod uwagę w możliwie największym stopniu środki orzeczone w Państwie wydania wyroku.

4. Środki dozoru ustanowione w Państwie sprawującym dozór nie mogą być w żadnym wypadku surowsze, tak co do ich rodzaju, jak i czasu trwania, od środków orzeczonych w Państwie wydania wyroku.

Skutki objęcia dozorem

Artykuł 25

1. W czasie wykonywania dozoru w Państwie sprawującym dozór, Państwo wydania wyroku nie podejmuje dalszych czynności związanych z wykonaniem wyroku.

2. Uprawnienie Państwa wydania wyroku do wykonania wyroku wygasa ostatecznie, jeżeli w okresie próby nie zaszła okoliczność, która zgodnie z prawem Państwa wydania wyroku mogłaby doprowadzić do uchylenia warunkowej sankcji karnej.

Ułaskawienie, amnestia i uchylenie warunkowej sankcji karnej

Artykuł 26

1. Ułaskawienie skazanego może nastąpić w Państwie wydania wyroku. Państwo sprawujące dozór może zwrócić się do Państwa wydania wyroku z postulatem ułaskawienia. Postulat ten będzie zyskiwał potraktowany przez Państwo sprawujące dozór.

2. Wobec skazanego stosuje się amnestię wydaną zarówno w Państwie sprawującym dozór jak i w Państwie wydania wyroku.

3. Do uchylenia lub zmiany warunkowej sankcji karnej właściwie wyłącznie jest Państwo wydania wyroku.

Zawiadomienia

Artykuł 27

1. Umawiające się Państwa zawiadamiają się wzajemnie w możliwie krótkim czasie o wszystkich okolicznościach dotyczących sprawowanego dozoru.

2. Państwo wydania wyroku zawiadamia Państwo sprawujące dozór w szczególności o wydanej amnestii, o ułaskawieniu oraz o uchyleniu lub zmianie warunkowej sankcji karnej.

3. Państwo sprawujące dozór zawiadamia Państwo wydania wyroku w szczególności o środkach dozoru ustanowionych wobec osoby skazanej oraz o wszystkich okolicznościach, które mogłyby spowodować uchylenie warunkowej sankcji karnej, jak również o wydanej amnestii. Z upływem okresu próby zawiadamia się o zakończeniu dozoru.

4. Jeżeli Państwo wydania wyroku uchyli warunkową sankcję karną to może ono wystąpić z wnioskiem na podstawie niniejszej Umowy o przejęcie wykonania kary pozbawienia wolności lub środków zabezpieczających.

ROZDZIAŁ V
POSTĘPOWANIE

Wniosek i załączniki

Artykuł 28

1. Wnioski przewidziane w niniejszej Umowie sporządza się w formie pisemnej.

2. Do wniosku załącza się:

- 1) oryginał albo poświadczony odpis lub kopię orzeczenia zaopatrzonego w potwierdzenie prawomocności i wykonalności;
- 2) tekst zastosowanych przepisów prawnych, jak również przepisów dotyczących warunkowego zwolnienia;
- 3) możliwie dokładne dane o skazanym, jego obywatelstwie oraz miejscu zamieszkania lub pobytu;
- 4) zaświadczenie o okresie pozbawienia wolności lub stosowania środków zabezpieczających, który podlega zaliczeniu;
- 5) jeżeli skazany przebywa w Państwie wydania wyroku — protokół sporządzony przy udziale skazanego, z którego wynika jego zgoda, na przejęcie wykonania kary pozbawienia wolności lub środków zabezpieczających;
- 6) inne dokumenty, które mogą mieć znaczenie dla rozstrzygnięcia wniosku.

Uzupełnienie wniosku

Artykuł 29

Jeżeli Państwo wezwane uzna przekazane dane i dokumenty za niewystarczające, zwraca się o konieczne uzupełnienie. Dla uzyskania tego uzupełnienia Państwo wezwane może ustalić stosowny termin; na uzasadniony wniosek termin ten można przedłużyć. W braku uzupełnienia rozstrzyga się o wniosku na podstawie posiadanych danych i dokumentów.

Tryb porozumiewania się

Artykuł 30

Wymiana pism na podstawie niniejszej Umowy odbywa się między Związkowym Ministrem Sprawiedliwości Republiki Austrii a Ministrem Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej. Nie wyłącza to drogi dyplomatycznej.

Język i uwierzytelnianie

Artykuł 31

Wnioski i zawiadomienia przesyłane na podstawie niniejszej Umowy, jak również załączane dokumenty nie wymagają tłumaczenia na język drugiego Umawiającego się Państwa i uwierzytelnienia.

Koszty**Artykuł 32**

Koszty powstałe w związku ze stosowaniem niniejszej Umowy nie podlegają zwrotowi.

ROZDZIAŁ VI**POSTANOWIENIA KOŃCOWE****Artykuł 33**

Umowa niniejsza nie narusza zobowiązań Umawiających się Państw wynikających z wielostronnych umów międzynarodowych.

Artykuł 34

Niniejszą Umowę stosuje się również do orzeczeń sądowych wydanych przed wejściem w życie Umowy.

Artykuł 35

Niniejsza Umowa podlega ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi w Warszawie.

Artykuł 36

1. Niniejsza Umowa wchodzi w życie pierwszego dnia trzeciego miesiąca następującego po miesiącu, w którym miała miejsce wymiana dokumentów ratyfikacyjnych.

2. Niniejsza Umowa zawarta jest na czas nieokreślony. Może być ona wypowiedziana w drodze notyfikacji przez każde z Umawiających się Państw. W takim wypadku utraci ona moc po upływie 6 miesięcy od dnia wypowiedzenia.

Na dowód czego Pełnomocnicy Umawiających się Państw podpisali niniejszą Umowę i opatrzyli ją pieczęciami.

Sporządzono w Wiedniu dnia 19. kwietnia 1990 w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim przy czym oba teksty są jednakowo autentyczne.

Z upoważnienia
Związkowego Prezydenta Republiki Austrii:
Dr. EGMONT FOREGGER

Z upoważnienia
Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej:
ALEKSANDER BENTKOWSKI

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF POLAND ON THE RECIPROCAL ENFORCEMENT OF JUDICIAL DECISIONS IN CRIMINAL CASES

The Federal President of the Republic of Austria and the President of the Republic of Poland,

Desiring to develop legal relations between the two States further and to facilitate legal dealings between them and being anxious to promote the social rehabilitation of convicted persons,

Have agreed to conclude a Treaty on the reciprocal execution of judicial decisions in criminal cases and have for that purpose appointed as their plenipotentiaries:

The Federal President of the Republic of Austria: Dr Egmont Foregger, Federal Minister of Justice

The President of the Republic of Poland: Mr. Aleksander Bentkowski, Minister of Justice,

who, having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed as follows:

PART I. DEFINITIONS*Article 1*

(1) For the purposes of this Treaty, the expression “preventive measure” means:

1. In the Republic of Austria: placing in an institution for mentally abnormal offenders, for offenders in need of treatment for addiction, or for dangerous recidivists;

2. In the Republic of Poland: placing in a psychiatric hospital, or in another appropriate institution, or in an institution for the treatment of addicts.

(2) For the purposes of this Treaty, the expression “conditional remission of a criminal penalty” means:

1. In the Republic of Austria: complete or partial conditional remission of a sentence of imprisonment, conditional remission of a preventive measure, conditional release from a sentence of imprisonment or preventive measure, conviction with a suspended sentence, or conditional stay of proceedings;

2. In the Republic of Poland: conditional remission of a sentence of imprisonment, conditional early release, or conditional stay of proceedings.

¹ Came into force on 1 March 1991, i.e., the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Warsaw on 12 December 1990, in accordance with article 36 (1).

(3) For the purposes of this treaty, the expression:

“Sentencing State” shall mean the State in which the judicial decision containing the penalty to be enforced or supervised in the other State was taken;

“Enforcing State” shall mean the State which has taken over or is to take over the enforcement of the sentence of imprisonment or preventive measure;

“Supervising State” means the State which has taken over or is to take over the supervision of the conditionally remitted criminal penalty.

PART II. GENERAL PROVISIONS

GENERAL PRINCIPLES

Article 2

(1) The Contracting States reciprocally undertake, in accordance with the provisions of this treaty and on request, to:

1. Take over the enforcement of final decisions in criminal cases by which courts of one contracting State have imposed a sentence of imprisonment or a preventive measure on a national of the other contracting State;

2. Take over the supervision of nationals of one Contracting State in respect of whom courts of the other Contracting State have made a final order for conditional remission of a criminal penalty within a probationary period.

(2) Requests under paragraph 1 shall be made by the Contracting State in which the judicial decision has been delivered. This shall not, however, restrict the right of the other Contracting State to submit a request to the sentencing State under paragraph 1.

RIGHT OF THE CONVICTED PERSON

Article 3

A convicted person, his statutory or authorized representative, his spouse, his relatives in the direct line or his siblings may file with either Contracting State a petition for proceedings under article 2. Every convicted person to whom this Treaty can apply shall be informed by the sentencing State of the gist of the Treaty.

PUNISHABILITY REQUIREMENT

Article 4

Enforcement or supervision shall be taken over only if the act giving rise to the decision is also liable to a judicial penalty under the law of the requested State or would be so liable if it had been committed in the territory of the requested State.

POLITICAL OFFENCES

Article 5

(1) Enforcement or supervision shall not be taken over if in the view of the requested State the act giving rise to the decision constitutes a political offence.

(2) An offence in which, after consideration of all the circumstances of the individual case, especially the motives, the way in which the offence was committed, the means used or threatened and the seriousness of the actual or intended consequences, the criminal character of the offence outweighs its political character shall not be deemed to be a political offence.

MILITARY OFFENCES

Article 6

Enforcement or supervision shall not be taken over if, in the opinion of the requested State, the act giving rise to the decision constitutes exclusively a failure to fulfil military duties.

FISCAL OFFENCES

Article 7

In criminal cases relating to fiscal offences the taking over of enforcement or supervision shall not be refused solely on the ground that the law of the requested State does not contain any tax, customs duty or monopoly provisions or any provisions on foreign exchange operations, goods rationing or foreign trade of the same kind as the law of the sentencing State.

STATUTE OF LIMITATION

Article 8

Enforcement or supervision shall not be taken over if the enforceability of the sentence or preventive measure is statute-barred under the law of one of the Contracting States.

EXTRAORDINARY COURTS

Article 9

Enforcement or supervision shall not be taken over if the decision has been pronounced by an extraordinary court.

JUDGEMENTS *IN ABSENTIA*

Article 10

Enforcement or supervision shall not be taken over if the decision has been delivered *in absentia*.

NE BIS IN IDEM

Article 11

Enforcement or supervision shall not be taken over if the convicted person has already been finally convicted or acquitted with regard to the same offence in the requested State.

PUBLIC POLICY

Article 12

Enforcement or supervision shall not be taken over if, in the opinion of the requested State, its public policy or the principles of its legal system are endangered.

PART III. TAKING OVER OF ENFORCEMENT OF SENTENCES
OF IMPRISONMENT AND PREVENTIVE MEASURES

CONDITIONS FOR TAKING OVER

Article 13

(1) Enforcement may be taken over only with the consent of the convicted person. If the convicted person is not legally capable of giving his consent the consent of his legal representative shall be sought.

(2) Enforcement shall not be taken over if the convicted person is in custody in the sentencing State and on the day of the receipt of the request the sentence of imprisonment or preventive measure to be enforced does not extend beyond a period of four months. In determining whether this condition is fulfilled, a number of terms of imprisonment or preventive measures or periods thereof remaining to be enforced shall be added together. If the duration of the enforcement of the preventive measure is unspecified, the deciding factor shall be the latest date by which under the law of the sentencing State the measure is to be terminated.

ACTION IN RESPONSE TO REQUEST

Article 14

The requested State shall inform the sentencing State as soon as possible how far it will comply with the request to take over enforcement. Reasons shall be given for any refusal of the request in whole or in part.

IMPLEMENTATION OF ENFORCEMENT

Article 15

(1) If the enforcement is taken over, the courts of the enforcing State, with the fullest possible regard for the sentence of imprisonment or preventive measure imposed in the sentencing State, shall determine the sentence of imprisonment or preventive measure to be enforced in accordance with the law of the enforcing State.

(2) Enforcement in the enforcing State shall in no case put the convicted person in a worse position than would further enforcement in the sentencing State.

(3) Enforcement, including conditional release, shall be conducted in accordance with the law of the enforcing State. However, if the legal provisions of the sentencing State with regard to conditional release are more favourable for the convicted person, they shall be applied.

(4) Time already served in the sentencing State shall be deducted from the sentence of imprisonment or preventive measure to be served in the enforcing State.

PARTIAL ENFORCEMENT

Article 16

Where a sentence is based on more than one offence but can be enforced only in respect of that part of the sentence of imprisonment or preventive measure which applies to certain of those offences, the court of the enforcing State shall determine, pursuant to the procedure under article 15, the part to be enforced in respect of the said offences.

EFFECTS OF ENFORCEMENT

Article 17

(1) During enforcement of the sentence of imprisonment or preventive measure in the enforcing State, the sentencing State shall impose no further enforcement measures.

(2) The sentencing State shall be entitled to enforce the remainder of the sentence of imprisonment or preventive measure if the convicted person evades enforcement in the enforcing State and leaves it. The enforcing State shall inform the sentencing State of these circumstances without delay.

(3) The right of the sentencing State referred to in paragraph 2 shall expire when the sentence of imprisonment or preventive measure has been served or finally remitted.

CLEMENCY, AMNESTIES

Article 18

(1) Clemency may be granted in favour of a convicted person by the enforcing State. The sentencing State may recommend clemency to the enforcing State. Such a recommendation shall be given favourable consideration in the enforcing State. The right of the sentencing State to grant clemency having effect for its area of jurisdiction shall remain unaffected.

(2) A convicted person shall benefit from any amnesty declared in the sentencing State or in the enforcing State.

QUASHING OR AMENDMENT OF JUDICIAL DECISIONS

Article 19

The sentencing State shall alone be competent to quash or amend judicial decisions whose enforcement has been taken over.

COMMUNICATIONS

Article 20

(1) The Contracting States shall inform each other as soon as possible of all circumstances that may have a bearing on enforcement.

(2) The sentencing State shall inform the enforcing State in particular of any amnesty or any quashing or amendment of judicial decisions whose enforcement has been taken over.

(3) The enforcing State shall inform the sentencing State in particular of the ending of enforcement.

TRANSPORT

Article 21

(1) If the convicted person is in the territory of the sentencing State, it shall as soon as possible take all necessary measures to hand him over to the authorities of the requested State.

(2) The sentencing State and the enforcing State shall reach agreement on the time and place for handing over the convicted person to the authorities of the enforcing State, or, if necessary, those of a transit State.

(3) Persons appointed by one Contracting State to escort the convicted person by air to or from the territory of the other Contracting State shall be entitled, in the territory of the other Contracting State and until they have handed him over or after they have taken him into custody, to take the necessary precautions to prevent his escape.

(4) The sentencing State may, after enforcement has been taken over by the enforcing State, postpone handing over the convicted person in order to bring criminal proceedings for another offence or to enforce a sentence or preventive measure for another offence.

SPECIAL PROVISIONS

Article 22

(1) Where a convicted person is transported under this Treaty from the sentencing State to the enforcing State, he shall not be prosecuted, sentenced or otherwise subjected to any encroachment on his personal freedom in the latter State for committing, before he was handed over, an offence to which the authorization does not apply.

(2) The restriction under paragraph 1 shall not apply:

1. Where the sentencing State consents to criminal prosecution or enforcement of a sentence or preventive measure;

2. Where the transported convicted person remains in the enforcing State more than 45 days after his final release although he could and should have left it, or where, after leaving that State, he has voluntarily returned to it.

(3) The provisions of the Treaty between the Republic of Austria and the People's Republic of Poland concerning Extradition of 27 February 1978¹ shall apply *mutatis mutandis* to consent under paragraph 2, subparagraph 1.

PART IV. SUPERVISION

REQUEST FOR SUPERVISION

Article 23

(1) If a court of one Contracting State orders conditional remission of a criminal penalty imposed on a national of the other Contracting State, the Contracting State in which the judicial decision was delivered may request the Contracting State of which the convicted person is a national to take over the task of supervision.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1299, p. 229.

(2) The supervising State shall inform the sentencing State as soon as possible how far the supervision request will be complied with. Reasons shall be given for any complete or partial refusal.

SUPERVISORY MEASURES

Article 24

(1) Supervision shall consist, firstly, in ordering the measures provided for under the law of the supervising State with a view to rehabilitating the convicted person into the life of the community and, secondly, in watching over his behaviour in order to guarantee that if necessary the conditional remission of the criminal penalty can be revoked.

(2) Supervision shall be conducted in accordance with the law of the supervising State.

(3) In ordering the measures necessary for supervision, account will be taken as far as possible of the measures ordered in the sentencing State.

(4) In no case may the supervision measures ordered in the supervising State be more severe in nature and duration than those imposed in the sentencing State.

EFFECTS OF SUPERVISION

Article 25

(1) During supervision in the supervising State, the sentencing State shall not impose any further enforcement measures.

(2) The right of the sentencing State to enforcement shall expire if during the probationary period no circumstance has arisen that under the law of the sentencing State is grounds for revocation of the conditional remission of the criminal penalty.

CLEMENCY, AMNESTIES, REVOCATION OF CONDITIONAL REMISSION

Article 26

(1) Clemency may be granted in favour of the convicted person by the sentencing State. The supervising State may recommend clemency to the sentencing State. Such a recommendation shall be given favourable consideration in the sentencing State.

(2) A convicted person shall benefit from any amnesty declared in the sentencing State or the supervising State.

(3) Only the sentencing State shall be competent to revoke or amend conditional remission of a criminal penalty.

COMMUNICATIONS

Article 27

(1) The Contracting States shall inform each other as soon as possible of all circumstances affecting supervision.

(2) The sentencing State shall inform the supervising State in particular of any act of clemency, any amnesty or any revocation or amendment of the conditional remission of the criminal penalty.

(3) The supervising State shall inform the sentencing State in particular of the supervisory measures taken with regard to the convicted person and of all circumstances that could be grounds for revoking conditional remission of the criminal penalty and of any amnesty. Upon the expiry of the probationary period the ending of supervision shall be notified.

(4) Where the sentencing State revokes conditional remission of the criminal penalty, it shall be free to request the supervising State under this Treaty to enforce the sentence of imprisonment or preventive measure.

PART V. PROCEDURE

REQUESTS AND DOCUMENTS

Article 28

- (1) Requests under this Treaty shall be made in writing.
- (2) The following shall be attached to the request:
 1. A transcript or certified copy of the judicial decision with confirmation of its finality and enforceability;
 2. A copy of the statutory provisions applied and of those regarding conditional release;
 3. As accurate particulars as possible of the convicted person, his nationality and his domicile or residence;
 4. A confirmation of the period of the sentence of imprisonment or preventive measure already served;
 5. When a request is being made for enforcement to be taken over, if the convicted person is in the sentencing State, a record drawn up with him establishing his consent to enforcement of the sentence of imprisonment or preventive measure;
 6. Other documents that may be of importance for dealing with the request.

SUPPLEMENTARY MATERIAL FOR THE REQUEST

Article 29

Should the requested State find that the information and documents submitted to it are insufficient, it shall request the necessary supplementary material. It may set an appropriate time-limit for receipt of such material; the time-limit may be extended upon a well-founded request. In the absence of supplementary material, a decision shall be taken regarding the request on the basis of the existing information and documents.

CORRESPONDENCE

Article 30

Correspondence under this Treaty shall be exchanged between the Federal Minister of Justice of the Republic of Austria and the Minister of Justice of the Republic of Poland. Communication through the diplomatic channel shall not thereby be excluded.

LANGUAGE, AUTHENTICATION

Article 31

Neither requests and communications under this Treaty, nor attached documents, shall require translation into the language of the other Contracting State or authentication.

COSTS

Article 32

Costs arising from implementation of this Treaty shall not be reimbursed.

PART VI. FINAL PROVISIONS

Article 33

This Treaty shall not affect obligations arising from multilateral agreements.

Article 34

This Treaty shall also apply to judicial decisions delivered before its entry into force.

Article 35

This Treaty shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged in Warsaw.

Article 36

(1) This Treaty shall enter into force on the first day of the third month after the end of the month in which the exchange of the instruments of ratification takes place.

(2) This Treaty shall be concluded for an indefinite period. It may be denounced by either Contracting State in writing through the diplomatic channel. The denunciation shall take effect six months after its receipt by the other Contracting State.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of the two Contracting States have signed this Treaty and affixed thereto their seals.

DONE at Vienna, on 19 April 1990, in two originals, in the German and Polish languages, the two texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

Dr EGMONT FOREGGER

For the Republic
of Poland:

ALEKSANDER BENTKOWSKI

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE RELATIF À L'EXÉCUTION RÉCIPROQUE DES DÉCISIONS JUDICIAIRES EN MATIÈRE PÉNALE

Le Président fédéral de la République d'Autriche et le Président de la République de Pologne,

Désireux d'approfondir les relations dans le domaine judiciaire entre leurs deux pays, de faciliter leurs rapports dans ce domaine et de favoriser la réinsertion des condamnés,

Ont décidé de conclure un traité relatif à l'exécution réciproque des décisions judiciaires en matière pénale et ont désigné à cet effet pour leurs plénipotentiaires :

Le Président fédéral de la République d'Autriche : Monsieur Egmont Foregger, Ministre fédéral de la Justice;

Le Président de la République de Pologne : Monsieur Aleksander Bentkowski, Ministre de la Justice;

lesquels, après avoir échangé leurs pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit :

TITRE PREMIER. DÉFINITIONS

Article 1

1) Aux fins du présent Traité, on entend par « mesures de prévention » :

1. En République d'Autriche : l'internement dans un centre de détention pour délinquants aliénés mentaux, délinquants devant subir une cure de désintoxication ou récidivistes dangereux;

2. En République de Pologne : le placement dans un hôpital psychiatrique ou autre institution similaire, ou dans une institution pour personnes devant subir une cure de désintoxication.

2) Aux fins du présent Traité, on entend par « mesure de clémence conditionnelle appliquée à la peine » :

1. Dans la République d'Autriche : la levée complète ou partielle conditionnelle d'une peine privative de liberté, la levée conditionnelle d'une mesure préventive, la libération conditionnelle après une peine privative de liberté ou une mesure préventive, la condamnation avec sursis et la suspension conditionnelle de la procédure.

2. Dans la République de Pologne : la levée conditionnelle de la peine privative de liberté, la libération conditionnelle anticipée et la suspension conditionnelle de la procédure.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} mars 1991, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Varsovie le 12 décembre 1990, conformément au paragraphe 1 de l'article 36.

3) Au sens du présent Traité, les définitions suivantes sont applicables :

« Etat requérant » : l'Etat dans lequel a été prononcée la décision judiciaire qui contient la peine à exécuter ou à contrôler dans l'autre Etat;

« Etat requis » : l'Etat qui a pris ou doit prendre en charge l'exécution de la peine privative de liberté ou de la mesure de prévention;

« Etat de contrôle » : l'Etat qui a pris ou doit prendre en charge le contrôle de la peine ayant fait l'objet d'une mesure de clémence conditionnelle.

TITRE II. DISPOSITIONS GÉNÉRALES

PRINCIPES GÉNÉRAUX

Article 2

1) Les Etats contractants s'engagent, sur une base de réciprocité, lorsqu'ils en sont requis et conformément aux dispositions du présent Traité :

1. A exécuter les sentences pénales assorties d'une peine privative de liberté ou d'une mesure de prévention prononcées par un tribunal de l'un des Etats contractants à l'encontre d'un ressortissant de l'autre Etat;

2. A contrôler les ressortissants de l'un des Etats contractants au bénéfice desquels les tribunaux de l'autre Etat contractant ont prononcé une mesure de clémence conditionnelle appliquée à la peine pendant une période probatoire.

2) Les demandes visées au paragraphe 1 du présent article sont présentées par l'Etat dans lequel la décision judiciaire a été prononcée. Cette disposition ne limite cependant pas le droit de l'Etat dans lequel la sentence pénale doit être exécutée de présenter à l'Etat requérant une demande au sens du paragraphe 1 du présent article.

DROIT DU CONDAMNÉ

Article 3

Le condamné lui-même, son représentant légal, son conjoint, ses parents en ligne directe ou ses frères et sœurs peuvent engager une procédure au sens de l'article 2 du présent Traité auprès de l'un ou l'autre Etat contractant. Tout condamné auquel sont applicables les dispositions du présent Traité est informé par l'Etat requérant de la substance de ses dispositions.

CONDITION DE LA PÉNALITÉ JUDICIAIRE

Article 4

L'exécution de la sentence ou le contrôle ne sont pris en charge que si l'acte qui a motivé la sentence est aussi passible de peine selon le droit de l'Etat requis, ou le serait s'il avait été commis sur son territoire.

INFRACTIONS POLITIQUES

Article 5

1) L'exécution de la sentence ou le contrôle ne sont pas pris en charge lorsque l'acte qui a motivé la sentence est considéré comme une infraction politique par l'Etat requis.

2) N'est pas considérée comme ayant un caractère politique l'infraction dont le caractère pénal l'emporte sur le caractère politique compte tenu de toutes les circonstances de l'espèce, en particulier de la motivation de l'infraction, de la façon dont elle a été commise, des moyens employés pour l'accomplir ou des menaces exercées, ou de la gravité des conséquences survenues ou recherchées.

INFRACTIONS MILITAIRES

Article 6

L'exécution de la sentence ou le contrôle ne sont pas pris en charge lorsque l'acte qui a motivé la sentence est considéré par l'Etat requis comme constituant exclusivement une infraction aux obligations militaires.

DÉLITS FISCAUX

Article 7

Dans les procédures d'infraction à la législation fiscale, la prise en charge ne peut être refusée au seul motif que le droit de l'Etat requis ne comprend pas, en matière de taxes, d'impôts, de droits de douane, de monopoles, de circulation des devises, de commercialisation des biens ou de commerce extérieur, des dispositions de même nature que celles prévues dans le droit de l'Etat requérant.

PRESCRIPTION

Article 8

L'exécution de la sentence ou le contrôle ne sont pas pris en charge lorsque la prescription de la peine ou des mesures de prévention est prévue par le droit de l'un des Etats contractants.

TRIBUNAUX D'EXCEPTION

Article 9

L'exécution de la sentence ou le contrôle ne sont pas pris en charge lorsque la sentence a été rendue par un tribunal d'exception.

JUGEMENTS PAR DÉFAUT

Article 10

L'exécution de la sentence ou le contrôle ne sont pas pris en charge lorsque la sentence a été rendue en l'absence du condamné.

NE BIS IN IDEM

Article 11

L'exécution de la sentence ou le contrôle ne sont pas pris en charge lorsque l'intéressé a déjà été condamné ou acquitté pour le même acte dans l'Etat requis.

ORDRE PUBLIC

Article 12

L'exécution de la sentence ou le contrôle ne sont pas pris en charge lorsque l'Etat requis estime qu'elle va à l'encontre de son ordre public ou de ses principes juridiques fondamentaux.

TITRE III. PRISE EN CHARGE DE L'EXÉCUTION DE PEINES PRIVATIVES
DE LIBERTÉ OU DE MESURES DE PRÉVENTION

CONDITIONS DE LA PRISE EN CHARGE

Article 13

1) L'exécution de la sentence dans l'Etat requis ne peut avoir lieu qu'avec l'accord du condamné. Si le condamné n'est pas juridiquement en mesure de donner son accord, celui-ci doit être demandé à son représentant légal.

2) L'exécution de la peine n'est pas prise en charge lorsque le condamné est en état de détention sur le territoire de l'Etat requérant et qu'au moment de la demande, il doit accomplir une peine privative de liberté ou une mesure de prévention ne dépassant pas quatre mois. Aux fins de la détermination de cette condition, il est tenu compte de la durée totale des diverses peines privatives de liberté ou mesures de prévention, ou de la part desdites peines ou mesures qui reste à accomplir. Lorsque la durée de la mesure de prévention n'est pas déterminée, la date à considérer est celle à laquelle elle doit prendre fin au plus tard conformément au droit de l'Etat requérant.

ACCEPTATION

Article 14

L'Etat requis informe dès que possible l'Etat requérant de la mesure dans laquelle il fait droit à sa demande. Tout refus total ou partiel doit être justifié.

EXÉCUTION DE LA SENTENCE

Article 15

1) Si l'exécution de la sentence est prise en charge, les tribunaux de l'Etat requis arrêtent les peines privatives de liberté ou les mesures de prévention applicables conformément à la législation dudit Etat, en tenant compte autant que possible de la peine privative de liberté ou de la mesure de prévention prononcée dans l'Etat requérant.

2) Le condamné ne peut en aucun cas, du fait de l'exécution de la sentence dans l'Etat requis, être traité plus défavorablement que si la sentence avait été exécutée dans l'Etat requérant.

3) L'exécution de la sentence, y compris la libération conditionnelle, est régie par le droit de l'Etat requis. Toutefois, les dispositions juridiques de l'Etat requérant en matière de libération conditionnelle qui sont plus favorables au condamné sont appliquées.

4) La partie de la privation de liberté ou de la mesure de prévention déjà accomplie dans l'Etat requérant est déduite de celle à accomplir dans l'Etat requis.

FRACTIONNEMENT DE LA PEINE

Article 16

Si plusieurs actes sont à l'origine de la sentence mais que l'exécution ne peut porter que sur la fraction de la peine privative ou de la mesure de prévention correspondant à certains d'entre eux, le tribunal de l'Etat requis détermine, dans le cadre de la procédure prévue à l'article 15 du présent Traité, la part de la peine privative de liberté ou de la mesure de prévention qui correspond auxdits actes.

EFFETS DE L'EXÉCUTION

Article 17

1) Pendant l'exécution de la peine privative de liberté ou de la mesure de prévention dans l'Etat requis, l'Etat requérant ne prononce pas de mesures supplémentaires d'exécution.

2) Si le condamné se soustrait à l'exécution de la sentence sur le territoire de l'Etat requis et quitte celui-ci, l'Etat requérant est en droit d'exécuter la partie restante de la peine privative de liberté ou de la mesure de prévention. L'Etat requis informe sans délai l'Etat requérant de ces circonstances.

3) Le droit de l'Etat requérant, visé au paragraphe 2, prend définitivement fin lorsque la peine privative de liberté ou la mesure de prévention est achevée ou qu'elle a fait l'objet d'une mesure finale d'indulgence.

MESURES DE GRÂCE, AMNISTIES

Article 18

1) L'Etat requis peut prendre des mesures de grâce au bénéfice du condamné. L'Etat requérant peut recommander de telles mesures à l'Etat requis. L'Etat requis examine cette recommandation avec bienveillance. La présente disposition n'affecte pas le droit de l'Etat requérant de prendre des mesures de grâce dans sa propre juridiction.

2) L'Etat requis applique au condamné les mesures d'amnistie prises tant dans l'Etat requérant que dans l'Etat requis.

SUSPENSION OU MODIFICATION DE DÉCISIONS JUDICIAIRES

Article 19

L'Etat requérant est seul compétent en matière de suspension ou de modification de décisions judiciaires dont l'exécution a été prise en charge par l'Etat requis.

COMMUNICATION D'INFORMATIONS

Article 20

1) Les Etats contractants s'informent mutuellement, dès que possible, de toute circonstance pouvant avoir une incidence sur l'exécution de la sentence.

2) L'Etat requérant informe, en particulier, l'Etat requis des mesures d'amnistie ou de la suspension ou la modification de décisions judiciaires dont l'exécution a été prise en charge par l'Etat requis.

3) L'Etat requis informe, en particulier, l'Etat requérant de la fin de l'exécution de la sentence.

REMISE

Article 21

1) Si le condamné se trouve sur le territoire de l'Etat requérant, ce dernier prend sans délai toutes mesures requises en vue de remettre le condamné aux autorités de l'Etat requis.

2) L'Etat requérant et l'Etat requis conviennent de la date et du lieu de la remise du condamné aux autorités de l'Etat requis ou, le cas échéant, aux autorités de l'Etat de transit.

3) Les personnes chargées par l'un des Etats contractants d'enlever ou d'amener le condamné par voie aérienne sur le territoire de l'autre Etat contractant sont en droit de prendre, sur ce territoire, toute précaution requise en vue d'éviter son évasion avant ou après sa remise.

4) L'Etat requérant peut, après la prise en charge de l'exécution de la sentence par l'Etat requis, reporter la remise du condamné en vue de l'application d'une procédure ou de l'exécution d'une peine ou d'une mesure de prévention relatives à un autre délit.

DISPOSITIONS SPÉCIALES

Article 22

1) Un condamné remis par l'Etat requérant à l'Etat requis en vertu du présent Traité ne peut, en raison d'un acte commis avant sa remise et auquel ne s'étend pas l'acceptation, y être poursuivi ni condamné, ni y subir une limitation quelconque de sa liberté personnelle.

2) Les dispositions limitatives énoncées au paragraphe 1 du présent article cessent de s'appliquer :

1. Si l'Etat requérant donne son assentiment à la poursuite pénale ou à l'exécution d'une peine privative de liberté ou d'une mesure de prévention;

2. Si le condamné remis séjourne pendant plus de 45 jours après sa libération définitive sur le territoire de l'Etat requis tout en ayant eu l'autorisation ou la possibilité de le quitter ou si, après avoir quitté le territoire dudit Etat, il y retourne de son plein gré.

3) Les dispositions pertinentes du Traité d'extradition conclu entre la République d'Autriche et la République de Pologne le 27 février 1978¹ s'appliquent *mutatis mutandis* à l'assentiment visé au paragraphe 2, alinéa 1, du présent article.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1299, p. 229.

TITRE IV. CONTRÔLE

DEMANDE DE CONTRÔLE

Article 23

1) Lorsqu'une décision de surseoir à l'exécution d'une sentence pénale pendant une période probatoire est prise par un tribunal de l'un des Etats contractants au bénéfice d'un ressortissant de l'autre Etat contractant, l'Etat contractant dans lequel la décision judiciaire a été prononcée peut demander à l'Etat contractant du condamné d'en assurer le contrôle.

2) L'Etat qui doit prendre en charge le contrôle de l'exécution de la peine probatoire informe dès que possible l'Etat requérant de la mesure dans laquelle il fait droit à sa demande. Tout refus total ou partiel doit être justifié.

MESURES DE CONTRÔLE

Article 24

1) Le contrôle visé à l'article 23, paragraphe 1, consiste, d'une part, à ordonner les mesures de réintégration dans la société prévues par la législation de l'Etat qui prend en charge le contrôle et, d'autre part, à surveiller l'accomplissement de la période probatoire en s'assurant que la mesure de clémence conditionnelle appliquée à la peine puisse être révoquée le cas échéant.

2) Le contrôle est régi par le droit de l'Etat requis.

3) L'ordonnance des mesures requises pour le contrôle tient compte autant que possible des mesures ordonnées dans l'Etat requérant.

4) La nature et la durée des mesures de contrôle arrêtées dans l'Etat requis ne peuvent en aucun cas être plus sévères que celles arrêtées dans l'Etat requérant.

EFFETS DU CONTRÔLE

Article 25

1) Pendant la durée du contrôle dans l'Etat requis, l'Etat requérant ne prononce pas de mesures supplémentaires d'exécution.

2) Le droit d'exécution de l'Etat requérant prend définitivement fin lorsque, pendant la période probatoire, aucun élément n'est intervenu qui entraîne, conformément au droit de l'Etat requérant, la révocation de la mesure de clémence conditionnelle appliquée à la peine.

MESURES DE GRÂCE ET D'AMNISTIE, RÉVOCATION
DE LA MESURE DE CLÉMENCE CONDITIONNELLE*Article 26*

1) L'Etat requis peut prendre des mesures de grâce au bénéfice du condamné. L'Etat requis peut recommander des mesures de grâce à l'Etat requérant. L'Etat requis auquel une telle recommandation est faite la considère avec bienveillance.

2) Le condamné bénéficie des mesures d'amnistie décidées tant par l'Etat requérant que par l'Etat requis.

3) L'Etat requérant est seul compétent pour décider de la révocation ou de la modification de la mesure de clémence conditionnelle appliquée à la peine.

COMMUNICATION D'INFORMATIONS

Article 27

1) Les Etats contractants s'informent mutuellement, dès que possible, de toute circonstance pouvant avoir une incidence sur l'exécution de la sentence.

2) L'Etat requérant informe, en particulier, l'Etat requis des mesures de grâce, d'amnistie ou de révocation ou de modification de la mesure de clémence conditionnelle appliquée à la peine.

3) L'Etat requis informe, en particulier, l'Etat requérant des mesures de contrôle prises à l'encontre du condamné ainsi que de toute circonstance pouvant entraîner la révocation de la mesure de clémence conditionnelle appliquée à la peine ou de la mesure d'amnistie. Il informe l'Etat requérant de la fin du contrôle à l'issue de la période probatoire.

4) Si l'Etat requérant révoque la mesure de clémence conditionnelle appliquée à la peine, il est en droit de demander à l'Etat requis, en application du présent Traité, de prendre en charge l'exécution de la peine privative de liberté ou de la mesure préventive.

TITRE V. PROCÉDURES

DEMANDES ET PIÈCES

Article 28

1) Les demandes présentées au titre du présent Traité le sont sous forme écrite.

2) Il y a lieu de joindre auxdites demandes :

1. Une expédition ou une copie certifiée conforme de la sentence accompagnée d'une attestation de sa validité et de son caractère exécutoire;

2. Un extrait des dispositions juridiques pertinentes ainsi que de celles qui s'appliquent à la libération conditionnelle;

3. Des renseignements aussi précis que possible sur le condamné, sa nationalité et son domicile ou son lieu de résidence habituel;

4. Une attestation relative aux périodes de détention ou de mesure de prévention qui doivent être prises en compte;

5. En cas de demande de prise en charge de l'exécution de la sentence, lorsque le condamné se trouve dans l'Etat requérant, un procès-verbal des déclarations du condamné par lesquelles celui-ci consent à l'exécution de la peine privative de liberté ou de la mesure de prévention dans l'Etat requis;

6. Toutes autres pièces qui peuvent avoir une incidence sur la suite à donner à la demande.

COMPLÉMENTS D'INFORMATION

Article 29

Si l'Etat requis juge insuffisants les indications et les pièces qui lui sont communiqués, il demande les compléments d'information nécessaires. Il peut fixer, pour la communication de ces informations, un délai qui peut être prorogé sur demande motivée. Si les informations complémentaires ne lui sont pas communiquées, il statue sur la suite à réserver à la demande d'après les informations et les pièces existantes.

COMMUNICATIONS

Article 30

Les communications écrites effectuées en application du présent traité sont échangées entre le Ministère fédéral de la Justice de la République d'Autriche, d'une part, et le Ministère de la Justice de la République de Pologne, d'autre part. La voie diplomatique n'est pas exclue.

LANGUE, LÉGALISATION

Article 31

Les demandes et les informations communiquées en application du présent Traité ainsi que les pièces à joindre ne doivent pas être traduites dans la langue de l'autre Etat contractant, ni légalisées.

FRAIS

Article 32

Les frais découlant de l'application du présent Traité ne sont pas remboursés.

TITRE VI. DISPOSITIONS FINALES

Article 33

Le présent Traité n'affecte pas les obligations résultant d'accords multilatéraux.

Article 34

Le présent Traité est également applicable aux décisions judiciaires prononcées avant son entrée en vigueur.

Article 35

Le présent Traité est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Varsovie.

Article 36

1) Le présent Traité entre en vigueur le premier jour du troisième mois suivant l'échange des instruments de ratification.

2) Le présent Traité est conclu pour une durée illimitée. Il peut être dénoncé par l'un ou l'autre Etat contractant par notification écrite communiquée par la voie

diplomatique. La dénonciation entre en vigueur à l'issue de la période de six mois qui suit la réception de ladite notification par l'autre Etat contractant.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Etats contractants ont signé le présent Traité et y ont apposé leur sceau.

FAIT à Vienne, le 19 avril 1990, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

EGMONT FOREGGER

Pour la République
de Pologne :

ALEKSANDER BENTKOWSKI
